

UNTERRICHTUNG

durch die Landesregierung

**Bericht über Europapolitische Schwerpunkte für die Ressorts und das Informationsbüro des Landes bei der Europäischen Union im Jahr 2009
- Auswertung des Legislativ- und Arbeitsprogramms 2009 der Europäischen Kommission und wichtige laufende Vorhaben -**

Die Landesregierung hat wiederholt festgestellt, dass die politischen und legislativen Prozesse auf Ebene der Europäischen Union (EU) von den Ländern zur Behauptung ihrer verfassungsrechtlich verbürgten Rechte und als Mittel der eigenen Interessenwahrnehmung und Politikgestaltung angemessen begleitet werden müssen (zuletzt im Europabericht 2007/2008). Damit die bestehenden Instrumente, seien es das Bundesratsverfahren zur Durchsetzung von Länderanliegen, die Zusammenarbeit in Fachministerkonferenzen oder mit der Bundesregierung oder aber die direkten Kontakte mit EU-Institutionen durch die Fachressorts und das Informationsbüro des Landes bei der EU, effektiv genutzt werden können, bedarf es einer möglichst frühzeitigen inhaltlichen Auseinandersetzung mit EU-Entwicklungen und ihren potenziellen Auswirkungen auf Mecklenburg-Vorpommern. Dies ist ein wichtiger Aspekt der Europafähigkeit der Landesverwaltung. Eine systematische Erfassung und Aufarbeitung der aus Landessicht bedeutsamen politischen und legislativen Vorhaben der Europäischen Kommission in die eigenen Arbeitsschwerpunkte erleichtert eine vorausschauende Jahresplanung sowohl für die Ressorts als auch für die Staatskanzlei bzw. das Informationsbüro des Landes bei der EU. Die hierdurch gewonnenen Erkenntnisse bilden darüber hinaus eine wichtige Grundlage für die alle zwei Jahre erfolgende umfassende Darstellung der europapolitischen Schwerpunkte der Ressorts im Europabericht der Landesregierung an den Landtag.

Die Strategieplanungen und Arbeitsprogramme der Europäischen Kommission sind eine wichtige Erkenntnisquelle für anstehende Entwicklungen von EU-Politik und EU-Recht. Die Auswertung des bereits auf konkrete Vorhaben fokussierten Legislativ- und Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission bildet einen geeigneten Ansatz für eine Schwerpunktbildung sowohl für die Beobachtung von Entwicklungen als auch, falls erforderlich, daran anknüpfende Maßnahmen für das jeweils folgende Jahr, insbesondere in Brüssel. Über diese sollten sich die Staatskanzlei bzw. das Informationsbüro des Landes bei der EU und die Ressorts rechtzeitig verständigen, um eine entsprechende Planung vornehmen zu können. Im Einzelnen wird auf den Bericht der Landesregierung an den Landtag über die Europafähigkeit der Verwaltung Bezug genommen (Landtags-Drucksache 5/1163).

Die Europäische Kommission hat ihr Legislativ- und Arbeitsprogramm für 2009 am 5. November 2008 vorgelegt [Dokument KOM (2008) 712]. Das Programm ist gekennzeichnet durch die Tatsache, dass im Juni 2009 das Europäische Parlament neu gewählt wird, sodass neue Vorhaben, die noch in der ablaufenden Legislaturperiode abgeschlossen werden sollen, von der Europäischen Kommission kaum noch auf den Weg gebracht werden können. Da auch die Amtszeit der Europäischen Kommission im November 2009 zu Ende geht und eine inhaltliche Vorfestlegung der folgenden Europäischen Kommission durch neue politische Initiativen vermieden werden soll, ist das Arbeitsprogramm deutlich weniger umfangreich als in anderen Jahren.

Die Europäische Kommission sieht aus aktuellem Anlass Initiativen zur Bewältigung der Finanzkrise und zur Erarbeitung von EU-Maßnahmen gegen den Wirtschaftsabschwung als prioritär an. Außerdem will die Europäische Kommission das letzte Jahr ihrer Amtszeit nutzen, um bereits begonnene Arbeiten abzuschließen, insbesondere in den Bereichen Energie, Klimawandel, Migration und Sozialpolitik. Das Arbeitsprogramm umfasst 12 strategische Initiativen, 37 vorrangige Initiativen, 33 Vereinfachungsvorschläge und 20 Vorhaben zur Zurückziehung anhängiger Vorschläge. 2009 werden auch die Ergebnisse der Haushaltsüberprüfung vorgestellt, die einen wichtigen Beitrag zu der Debatte über die künftigen Prioritäten der EU und ihre Finanzierung liefern werden.

Einfachere und bessere rechtliche Rahmenbedingungen und die Vermeidung unnötiger Verwaltungslasten sollen auch 2009 die Rechtsetzungstätigkeit der Kommission bestimmen.

Die beigefügte Liste identifiziert die für Mecklenburg-Vorpommern relevanten Vorhaben für 2009. Grundlage dafür war das Legislativ- und Arbeitsprogramm, ergänzt durch die zur Erläuterung der Vorhaben von der Kommission vorgelegten Einzeldarstellungen (sogenannte „Roadmaps“). Vorhaben, bei denen keine spezifischen Interessen oder Anliegen Mecklenburg-Vorpommerns gesehen werden, wurden nicht aufgenommen. Um die Lesbarkeit der Übersicht zu erleichtern, wurde die Liste nach Ressorts unterteilt. Vorhaben, die einen ressortübergreifenden Charakter haben, werden in einem gesonderten Abschnitt vorangestellt (Ostseestrategie, Revision der Finanzvorausschau nach 2013 usw.).

Zu den Arbeitsschwerpunkten gehört nicht nur die Beobachtung neuer, sondern auch die (weitere) Begleitung bereits laufender Vorhaben, soweit sie für Mecklenburg-Vorpommern von Bedeutung sind. Dies betrifft Vorhaben, deren Vorlage die Europäische Kommission bereits für 2008 angekündigt, aber bis Jahresende noch nicht vorgelegt hatte, sowie solche, die von der Europäischen Kommission vorgelegt wurden, deren Beratung aber noch nicht abgeschlossen ist. Zu berücksichtigen sind ferner die in 2009 beginnenden Vorarbeiten für die nächste Periode der EU-Finanzvorausschau (nach 2013) mit ihren Auswirkungen auf zahlreiche Politikbereiche. Diese Vorhaben sind in der Übersicht für jeden Bereich als „Merkposten“ außerhalb der Tabellen aufgenommen worden.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die Aufstellung eine „Momentaufnahme“ darstellt, die die aktuelle Situation abbildet. Erfahrungsgemäß ergeben sich im Laufe des Jahres Änderungen, sowohl im Hinblick auf zeitliche Abläufe als auch eine Verschiebung von Schwerpunkten, z. B. durch neue Herausforderungen oder aktuelle politische Entwicklungen. Die Ressorts sind daher aufgefordert, in Abstimmung mit der Staatskanzlei bzw. dem Informationsbüro des Landes bei der EU regelmäßig zu prüfen, ob und ggf. inwieweit die Liste anzupassen ist. Entsprechendes gilt für Maßnahmen oder konkrete Aktionen, die im Hinblick auf einzelne Vorhaben im Laufe des Jahres ergriffen werden sollen.

Ressortübergreifende Themen (Staatskanzlei)

Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens; (voraussichtlicher) Vorlagezeitpunkt	Beschreibung von Gegenstand und Zielen, Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern
Überprüfung des EU-Haushalts	Mitteilung der Kommission 2009	Die Überprüfung ist Teil der Vorbereitung auf die nächste Finanzierungsperiode ab 2014. Ziel ist die Untersuchung verschiedener Alternativen, wie der Beitrag Europas zur Bewältigung wichtiger Herausforderungen im nächsten Jahrzehnt erhöht werden kann. Dabei soll auf den europäischen Mehrwert und die Effizienz der EU-Ausgaben geachtet werden. Des Weiteren wird geprüft, wie dieser Beitrag finanziert werden kann.
EU-Strategie für den Ostseeraum	Mitteilung der Kommission Juni 2009	Die EU-Strategie für den Ostseeraum, die mit einem Aktionsplan unterlegt sein wird, ist die erste politikfeldübergreifende, integrierte und an der Schonung von Ressourcen ausgerichtete Strategie für eine EU-Makroregion. Sie soll folgende Schwerpunkte aufweisen: Verbesserung des Zustands der Umwelt, Steigerung der wirtschaftlichen Entwicklung, Verbesserung der Verkehrsverbindungen sowie die Erhöhung der Sicherheit in der Region. Die Strategie soll dabei andere bereits in der Region wirksame Konzepte umfassen [so z. B. den HELCOM Ostseeaktionsplan (Baltic Sea Action Plan - BSAP) als „Umweltsäule“]. Bei der Entwicklung der Strategie setzt die Europäische Kommission auf einen intensiven Austausch mit den Akteuren in der Region, der mit der 2. Stakeholderkonferenz am 5./6. Februar 2009 in Rostock-Warnemünde seinen vorläufigen Abschluss finden wird. Die Strategie soll während der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft während des 2. Halbjahres 2009 beschlossen werden. Sie wird als übergreifendes Entwicklungskonzept Auswirkungen auf den gesamten Ostseeraum haben, sodass auch die Interessen Mecklenburg-Vorpommerns bei der Formulierung der Strategie vertreten werden müssen.

Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens; (voraussichtlicher) Vorlagezeitpunkt	Beschreibung von Gegenstand und Zielen, Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern
Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung	Mitteilung der Kommission Dezember 2009	In der Mitteilung wird über den Stand der Umsetzung der Reformen in den Mitgliedstaaten und in der EU insgesamt berichtet werden. Ferner soll sie Vorschläge für die Form der Strategie nach 2010 enthalten.

Weitere und laufende Vorhaben:

- „Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt: Territoriale Vielfalt als Stärke“ [KOM(2008)616], angenommen am 06.10.2008; das öffentliche Konsultationsverfahren endet am 28.02.2009. Die Europäische Kommission sieht die wichtigste Herausforderung darin, eine ausgewogene und nachhaltige territoriale Entwicklung der EU als Ganzes sicherzustellen, ihre wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und ihr Wachstumspotenzial zu stärken und gleichzeitig darauf zu achten, die natürlichen Ressourcen zu erhalten und den sozialen Zusammenhalt zu sichern.

Innenministerium

Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens; (voraussichtlicher) Vorlagezeitpunkt	Beschreibung von Gegenstand und Zielen, Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern
Stockholm-Programm im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	Mitteilung der Kommission Mai 2009	Die Initiative soll die Prioritäten und Ziele für die künftige Entwicklung der EU als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts vorstellen, um festzulegen, mit welchen Mitteln und Initiativen sie sich auf EU-Ebene am besten erreichen lassen. Sie stützt sich auf den Europäischen Pakt für Einwanderung und Asyl, die Mitteilung vom 17. Juni 2008 zum Thema „Einwanderung und Asyl“, die Mitteilung über die e-Justiz und den Aktionsplan zur Drogenbekämpfung.
Änderung der Richtlinie über Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern	Vorschlag der Kommission 03.12.2008	Der bereits vorgelegte Vorschlag zielt hauptsächlich darauf ab, im Zuge der zweiten Phase der Verabschiedung von Asylvorschriften bessere Normen für die Behandlung von Asylbewerbern in Bezug auf die bei der Aufnahme gewährten Vorteile innerhalb der Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Die nationalen Vorschriften über diese Vorteile sollten angeglichen werden, damit die Sekundärmigration von Asylbewerbern zwischen den Mitgliedstaaten insoweit eingedämmt werden kann, als sie auf unterschiedliche nationale Aufnahmepolitiken zurückzuführen ist. Letztendlich würde dies zu einer gerechteren Belastung der Mitgliedstaaten führen.

Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens; (voraussichtlicher) Vorlagezeitpunkt	Beschreibung von Gegenstand und Zielen, Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern
<p>Änderung der Verordnung zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist</p>	<p>Vorschlag der Kommission 03.12.2008</p>	<p>Der bereits vorgelegte Vorschlag ist in erster Linie darauf gerichtet, den Schutz für Asylsuchende zu erhöhen, die dem Dublin-Verfahren unterliegen. So sieht der Vorschlag eine Reihe von Maßnahmen vor, die einen reibungslosen Ablauf des Verfahrens zur Bestimmung des für die Bearbeitung von Asylanträgen zuständigen Mitgliedstaates gewährleisten sollen. Das Prinzip wonach der Mitgliedstaat in erster Linie zuständig ist, der bei der Einreise des Asylbewerbers maßgeblich beteiligt war, soll unverändert bleiben. Gleichzeitig soll Abhilfe in Situationen geschaffen werden, in denen die Asylsysteme und Aufnahmekapazitäten einzelner Mitgliedstaaten unter besonderen Druck stehen.</p> <p>Von der Änderung der Richtlinie wird eine noch effektivere Bearbeitung der Asylanträge und im Ergebnis ein noch schnellerer Abschluss der Antragsbearbeitung erwartet. Der Antragsteller hat so schneller Sicherheit über seinen Status, gleichzeitig würden Kosteneinsparungen erreicht.</p>

Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens; (voraussichtlicher) Vorlagezeitpunkt	Beschreibung von Gegenstand und Zielen, Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern
Änderung der Verordnung über die Einrichtung von „EURODAC“ zum Vergleich von Fingerabdrücken zur effektiven Anwendung der Dublin-Verordnung	Vorschlag der Kommission 03.12.2008	Der bereits vorgelegte Vorschlag will die Effizienz des europaweiten Fingerabdruck-Identifizierungssystems EURODAC erhöhen und die Kohärenz mit dem seit Annahme der EURODAC-Verordnung (15.12.2000) entstandenen Asyl-Besitzstand gewährleisten. Jedem Mitgliedstaat soll die Möglichkeit eröffnet werden, schnell in Erfahrung zu bringen, ob ein Drittstaatsangehöriger oder Staatenloser, der sich unrechtmäßig in seinem Hoheitsgebiet aufhält, bereits in einem anderen Mitgliedstaat einen Antrag auf internationalen Schutz gestellt hat. So sieht der Vorschlag unter anderem konkrete Fristen für die Übermittlung der Fingerabdruckdaten sowie Maßnahmen für eine effizientere Speicherung und Löschung dieser Daten vor. Von der Änderung der Richtlinie wird eine noch effektivere Bearbeitung der Asylanträge und im Ergebnis ein noch schnellerer Abschluss der Antragsbearbeitung erwartet. Der Antragsteller hat so schneller Sicherheit über seinen Status, gleichzeitig würden Kosteneinsparungen erreicht.

Justizministerium

Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens; (voraussichtlicher) Vorlagezeitpunkt	Beschreibung von Gegenstand und Zielen, Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern
<p>Maßnahmenpaket gegen Organisierte Kriminalität: Hilfe für die Opfer</p> <p>a) Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornographie</p> <p>b) Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz der Opfer</p> <p>c) Bereitstellung von Hilfe für Opfer von Straftaten in der EU</p>	<p>a) Rahmenbeschluss (JI) Art. 29, 31 und 34 EUV</p> <p>Juli 2009</p> <p>b) Rahmenbeschluss (JI) Art. 29, 31 (e) und 34(2)(b) EUV</p> <p>Juli 2009</p> <p>c) Rahmenbeschluss (JI) Art. 31 EUV</p> <p>September 2009</p>	<p>Das Maßnahmenpaket sieht eine konsequentere Verfolgung von Straftätern und einen verbesserten Schutz der Opfer, insbesondere von Kindern, vor.</p> <p>Die Verbesserung des Opferschutzes ist Bestandteil der Koalitionsvereinbarung auf Landesebene zwischen SPD und CDU vom 6. November 2006. Sie ist dem Justizministerium ein vorrangiges Anliegen. Das Maßnahmenpaket „Hilfe für die Opfer“ ist dafür von besonderer Bedeutung, weil die Umsetzung der Maßnahmen in das deutsche Recht die praktische Anwendung des Opferschutzes bei den Justizbehörden bestimmen wird.</p> <p>a) Der Vorschlag soll mehr Schutz für Kinder bieten als der Rahmenbeschluss 2004/68/JI gegen sexuellen Missbrauch in Form der sexuellen Ausbeutung und Kinderpornografie.</p> <p>b) Der Vorschlag zielt auf eine konsequentere Strafverfolgung und eine bessere Unterstützung der Opfer sowie Stärkung der Rechte der Opfer in Strafverfahren ab.</p> <p>c) Der unbefriedigende und unzureichend umgesetzte Rahmenbeschluss 2001 über die Stellung des Opfers im Strafverfahren soll ersetzt werden.</p>

Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens; (voraussichtlicher) Vorlagezeitpunkt	Beschreibung von Gegenstand und Zielen, Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern
<p>d) Entschädigung der Opfer von Straftaten</p> <p>e) Maßnahmen zur Bekämpfung von Computerkriminalität</p>	<p>d) Richtlinie Art. 65 EGV September 2009</p> <p>e) Rahmenbeschluss (JI) Art. 29, 30, 31 und 34 EUV September 2009</p>	<p>d) Ziele der Richtlinie sind die Erhöhung der Rechtssicherheit, größere Flexibilität und ein besserer Schutz in grenzüberschreitenden Kompensationsfällen.</p> <p>e) Mit gemeinsamen strafrechtlichen Kriterien soll den jüngsten Angriffen auf kritische elektronische Informationsinfrastrukturen in einigen Mitgliedstaaten (v. a. durch „Botnets“) begegnet werden.</p>

Finanzministerium

Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens; (voraussichtlicher) Vorlagezeitpunkt	Beschreibung von Gegenstand und Zielen, Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern
Paket „Finanzmärkte der Zukunft“	Legislative Maßnahmen Mai/Juni 2009	Dieses Paket finanzieller Maßnahmen ist das Ergebnis der derzeit laufenden Überprüfung der Angemessenheit von Regulierung, Aufsicht und Transparenz aller Finanzakteure und Kapitalmarktinvestoren (u. a. Hedge-Fonds, Privatanleger). Das Paket soll zu Maßnahmen zur Beseitigung der festgestellten Mängel führen. Ferner sind Managergehälter und Derivatemärkte Gegenstand der Prüfung.
Aufsicht über die EU-Finanzmärkte	Legislative Maßnahmen Juli 2009	Die Kommission wird den Empfehlungen der sogenannten „de Larosière Gruppe“ zur Aufsicht über die Finanzmärkte in der EU nachkommen.
Einführung einer „ Gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage “ (Common Consolidated Corporate Tax Base - CCCTB)	Legislative Maßnahme 2009 (Verschoben aus Arbeitsprogramm 2008)	Mit dem Vorschlag soll eine umfassende Lösung für die steuerlichen Hindernisse vorgelegt werden, denen Unternehmen mit grenzübergreifenden Aktivitäten im Binnenmarkt ausgesetzt sind. Hierdurch sollen die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt, Doppelbesteuerung vermieden und ein grenzübergreifender Verlustabzug ermöglicht werden.

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

Bezeichnung	Art des Vorhabens; (voraussichtlicher) Vorlagezeitpunkt	Beschreibung von Gegenstand und Zielen, Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern
Wirtschaft		
Bessere Rechtsetzung, Vereinfachung, Abbau von Bürokratielasten	Mitteilung der Kommission Januar 2009	Die Mitteilung sieht die Überprüfung und Anpassung der Agenda „Bessere Rechtsetzung“ vor. Ziel ist ein Abbau überflüssiger Verwaltungslasten für Unternehmen, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Deregulierung und Entbürokratisierung sind praktizierte Wirtschaftsförderung und entlasten Bürger und Verwaltung. Mehr Freiraum und geringere Bürokratiekosten verbessern die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und liegen daher auch im Interesse des Landes Mecklenburg-Vorpommern.
Verringerung der Buchführungspflichten für kleinere Unternehmen und Vereinfachung der Rechnungslegungs-Richtlinien	Richtlinien (Überprüfung) Oktober 2009	Die Mitgliedstaaten sollen die Möglichkeit erhalten, Kleinstbetriebe von den Rechnungslegungspflichten zu befreien. Ferner sollen die Rechnungslegungs-Richtlinien (Vierte und Siebte Gesellschaftsrechtsrichtlinie) überprüft werden, um den Interessen kleiner Unternehmen Rechnung zu tragen. Auch diese Möglichkeiten liegen im Interesse des von kleineren und mittleren Unternehmen geprägten Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens; (voraussichtlicher) Vorlagezeitpunkt	Beschreibung von Gegenstand und Zielen, Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern
Energie und Klima		
EU-Position in Vorbereitung der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen (CoP 15)	Mitteilung der Kommission Januar 2009	<p>Die Mitteilung soll EU-Standpunkte zu den verschiedenen Optionen der Einbeziehung aller Länder in weitere Maßnahmen gegen den Klimawandel, einschließlich Investitions-/Finanzierungsoptionen, vorstellen und eine umfassende EU-Position im Vorfeld der UN-Klimakonferenz im November 2009 in Kopenhagen skizzieren.</p> <p>Bei der Ausgestaltung des Post-Kyoto-Prozesses nimmt die EU eine Vorreiterrolle ein und strebt eine weitere Reduzierung der weltweiten Treibhausgasemissionen an.</p> <p>Mecklenburg-Vorpommern ist von den globalen Reduktionsvorgaben direkt betroffen. Aufgrund der natürlichen Potenziale und der guten Rahmenbedingungen ist die Nutzung erneuerbarer Energien in Mecklenburg-Vorpommern auf einem guten Weg. Anlagenhersteller haben sich ebenfalls im Land angesiedelt, sodass sich durch die Ausgestaltung der weltweiten Treibhausgasminderungsziele Chancen für M-V und die ansässige Wirtschaft ergeben können. Der ebenfalls auf dem Kyoto-Protokoll basierende Emissionshandel spielt im Land ebenfalls eine Rolle für die Unternehmen und die Genehmigungsbehörden.</p>
Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und Energieeffizienz	Mitteilung der Kommission Januar 2009	In der Folge einer ersten Mitteilung vom 13. Mai 2008 soll das IKT-Potenzial quantifiziert werden, das einen Beitrag zur Erhöhung der Energieeffizienz in der Wirtschaft leisten kann. Ferner soll sichergestellt werden, dass dieses Potenzial auch ausgeschöpft wird.

Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens; (voraussichtlicher) Vorlagezeitpunkt	Beschreibung von Gegenstand und Zielen, Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern
Finanzierung kohlenstoff- armer Technologien	Mitteilung der Kommission März 2009	<p>Die Mitteilung wird auf den Ressourcenbedarf und mögliche Finanzierungsquellen eingehen und alle potenziellen Möglichkeiten zur Stimulierung privater Investitionen (u. a. privates Beteiligungskapital und Risikokapital), zur Verbesserung der Koordinierung zwischen Finanzquellen und zur Mobilisierung zusätzlicher Mittel untersuchen. Insbesondere wird dabei geprüft werden, ob es möglich und zweckmäßig ist, neue Mechanismen für die Demonstration moderner kohlenstoffemissionsarmer Technologien im industriellen Maßstab und deren Umsetzung in marktfähige Produkte zu schaffen; daneben werden die Kosten und der Nutzen steuerlicher Innovationsanreize untersucht.</p> <p>Europaweit laufen derzeit Forschungsprojekte zur CO₂-Abscheidung und -Verpressung in den Untergrund. In Lubmin beabsichtigt das dänische Unternehmen Dong Energy ein „capture ready“-Steinkohlekraftwerk zu errichten. Die Carbon Capture and Storage (CCS) -Technologie soll zunächst im Rahmen eines Forschungsprojektes erprobt werden. Zur CO₂-Abscheidung und -Verpressung in den Untergrund kämen saline Aquifere in der Nähe des Kraftwerkstandortes in Betracht.</p>

Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens; (voraussichtlicher) Vorlagezeitpunkt	Beschreibung von Gegenstand und Zielen, Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern
Anpassung an den Klimawandel	<p>Weißbuch</p> <p>März 2009</p> <p>(Verschoben aus Arbeitsprogramm 2008)</p>	<p>Das Weißbuch ist ein Grundsatzpapier über Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel in allen Bereichen, die für das Leben in der EU grundlegend sind (z. B. Industrie, Landwirtschaft, Energie, Fischerei, Forstwirtschaft, Tourismus, Sozialpolitik). Ziel ist die Minderung der Anfälligkeit, die Steigerung der Widerstandsfähigkeit gegen die unvermeidlichen negativen Auswirkungen des Klimawandels und die Begleitung der Veränderungen. So sollen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, die Artenvielfalt und Lebensräume sowie die Lebensqualität der EU-Bürger minimiert werden, auch durch Änderungen bestehender Gemeinschaftspolitiken. Der Aufgabe der Anpassung an den Klimawandel hat sich die Landesregierung mit Vorlage der ersten Studie zum Klimawandel in Mecklenburg-Vorpommern gestellt. Die EU-Vorgaben sind von besonderem Interesse, da die regionalen Auswirkungen des Klimawandels und mögliche Anpassungsstrategien sehr unterschiedlich sind. Das Subsidiaritätsprinzip spielt in diesem Handlungsfeld die entscheidende Rolle, damit eine regional fach- und sachgerechte Anpassungsstrategie entwickelt werden kann. Die Anpassung an den Klimawandel ist ein langfristiger Prozess. Derzeit sollte sich aus Landessicht darauf konzentriert werden, die Flexibilität aller Systeme (Wald, Küstenschutz, Siedlungsentwicklung, Landwirtschaft) für mögliche Anpassungsmaßnahmen zu erhalten. Gleichzeitig ist das Monitoring (Gesundheit, Trinkwasser, Oberflächenabfluss, Hochwassergefahren, Biodiversität etc.) deutlich zu verbessern, um Risiken rechtzeitig vorzubeugen und Chancen zielführend zu nutzen.</p>

Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens; (voraussichtlicher) Vorlagezeitpunkt	Beschreibung von Gegenstand und Zielen, Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern
Arbeit		
Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität von jungen Menschen	Grünbuch	Siehe BM

Weitere und laufende Vorhaben:

- Energiepaket vom November 2008; das Paket enthält zahlreiche Vorschläge zur Förderung der Energieversorgungssicherheit und -solidarität sowie zur Energieeffizienz.
- Einführung eines Rechtsrahmens für die Kohlenstoffbindung und -speicherung.
- Umsetzung des Konjunkturprogramms; das Programm sieht kurzfristige Maßnahmen zur Ankurbelung der Nachfrage, Sicherung von Arbeitsplätzen und Wiederherstellung des Vertrauens in die Wirtschaft sowie „intelligente“ Investitionsmaßnahmen, die Wachstum und langfristig nachhaltigen Wohlstand sichern sollen, vor.
- Umsetzung des „Small Business Act“; der „Small Business Act“ ist ein Maßnahmenpaket, mit dem KMU bessere Rahmenbedingungen erhalten und unternehmerische Leistung stärkere Anerkennung finden soll.

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens; (voraussichtlicher) Vorlagezeitpunkt	Beschreibung von Gegenstand und Zielen, Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern
Maßnahmen zur Durchführung des Schnellwarnsystems für Lebens- und Futtermittel (RASFF)	Verordnung (Überprüfung)	Mit den Durchführungsmaßnahmen soll die einheitliche Handhabung des RASFF in allen Mitgliedstaaten sichergestellt werden, u. a. durch Festlegung des Anwendungsbereichs, Einrichtung von Kontaktstellen, Regeln für Übermittlung und Follow-up von Warnmeldungen, für den Austausch von RASFF-Informationen mit Drittländern und die Vertraulichkeit.
Reform der gemeinsamen Marktorganisation (GMO) für Fischereierzeugnisse und Erzeugnisse der Aquakultur	Ratsverordnung (Überprüfung)	Ziel der seit 2001 geltenden GMO ist insbesondere die Stabilisierung der Märkte und eine angemessene Lebenshaltung für die Fischer. Seit einigen Jahren liegt ein weiterer Schwerpunkt auf nachhaltigkeitsfördernden Fischerei- und Vermarktungstätigkeiten. Die Wirksamkeit und Effizienz dieser Politik wird derzeit evaluiert. Mit der Überprüfung sollen Marktentwicklungen, Veränderungen in der Fischerei und festgestellte Mängel bei der Umsetzung der derzeitigen Bestimmungen berücksichtigt werden.
Reformierte Kontroll- und Sanktionsregelung in der Fischerei	Kommissionsverordnung (Überprüfung)	Die neuen Regeln sollen die Verfahren für die nationalen Verwaltungen sowie die Durchsetzung verbessern. Der bürokratische Aufwand und die Belastungen sollen gesenkt werden, indem verstärkt Informationstechnologie eingesetzt und die Meldepflichten verringert werden. Die Überwachung der Fischerei-Aktivitäten (Fangmeldungen, Anlandeerkklärungen, Toleranzgrenzen, Ortung von Fischereifahrzeugen usw.) wird vereinfacht. Einbezogen werden neue Elemente wie das Problem der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei (IUU).

Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens; (voraussichtlicher) Vorlagezeitpunkt	Beschreibung von Gegenstand und Zielen, Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern
Qualitätspolitik für Agrarerzeugnisse	Mitteilung der Kommission Mai 2009	In der Mitteilung sollen Optionen für die Entwicklung qualitätspolitischer Instrumente für landwirtschaftliche Produkte vorgestellt werden, die unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Reaktionen auf das Grünbuch über die Qualitätspolitik für Agrarerzeugnisse erarbeitet wurden. In der Folge der Mitteilung könnten im Jahr 2010 konkrete Vorschläge zu folgenden Fragen auf den Weg gebracht werden: Anforderungen und Normen für Landwirte, die über Hygiene und Sicherheit hinausgehen; EU-Vermarktungsnormen, EU-Qualitätssysteme (insbesondere im Zusammenhang mit geografischen Angaben und garantiert traditionellen Spezialitäten) und Zertifizierungssysteme für Lebensmittelqualität.
Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik	Grünbuch April 2009	Die Gemeinsame Fischereipolitik ist spätestens 2012 Gegenstand einer Reform. Zur Vorbereitung der Reform wird 2009 eine öffentliche Debatte eingeleitet, die Ende 2010 zu einem Vorschlag führen soll.
Maßnahmenpaket biologische Vielfalt: a) Halbzeitbericht über die Durchführung des Aktionsplans zur Erhaltung der biologischen Vielfalt	Mitteilung und Aktionsplan der Kommission März 2009 (Verschoben aus Arbeitsprogramm 2008)	a) Der Aktionsplan zur Erhaltung der biologischen Vielfalt sieht vor, dass die Kommission über die Durchführung des Plans Bericht erstattet. Dabei soll auf der Grundlage der vorliegenden Informationen eine Übersicht über den augenblicklichen Stand der Umsetzung des Aktionsplans gegeben und angesichts der für das Jahr 2010 eingegangenen Verpflichtung auf Problemfelder hingewiesen werden.

Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens; (voraussichtlicher) Vorlagezeitpunkt	Beschreibung von Gegenstand und Zielen, Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern
b) Mitteilung über Optionen zur Bekämpfung gebietsfremder invasiven Arten		b) In der Mitteilung sollen die verschiedenen infrage kommenden Optionen zur Reduzierung der Bedrohung des Naturerbes der EU durch nicht einheimische Arten dargelegt werden. Auf der Grundlage einer derzeit durchgeführten Studie sollen 2009/2010 weitere Maßnahmen zur Bekämpfung invasiver Arten vorgeschlagen werden.
Unterstützung der Entwicklung des Gemeinsamen Umweltinformationssystems (Shared Environmental Information System - SEIS)	Mitteilung der Kommission Februar 2009	Die Mitteilung schlägt ein Konzept zur Verbesserung und Straffung des europäischen Systems für die Erhebung, Auswertung und Meldung von Umweltdaten, basierend auf den Prinzipien „Datenspeicherung so nah wie möglich an der Quelle“ und „einmal erhoben, mehrfach genutzt“, vor. Es soll auf die in der EU vorhandenen integrierten Systeme aufgebaut werden, die diese als integrierte Plattform in einem gemeinsamen, allgemein zugänglichen System verknüpft. Ein solches Konzept liegt auch im Interesse des Landes Mecklenburg-Vorpommern, da es den Verwaltungsaufwand verringert (Vermeidung von Doppelarbeit, Straffung des Datenflusses, Senkung der Überwachungs- und Berichtserstattungskosten).
EU-Position in Vorbereitung der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen (CoP 15)	Mitteilung der Kommission Januar 2009	Siehe WM
Finanzierung kohlenstoffarmer Technologien	Mitteilung der Kommission März 2009	Siehe WM

Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens; (voraussichtlicher) Vorlagezeitpunkt	Beschreibung von Gegenstand und Zielen, Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern
Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und Energieeffizienz	Mitteilung der Kommission Januar 2009	Siehe WM
Anpassung an den Klimawandel	Weißbuch März 2009 (Verschoben aus Arbeitsprogramm 2008)	Siehe WM

Weitere und laufende Vorhaben:

- (Technische) Umsetzung des „Health Check“ der Gemeinsamen Agrarpolitik.
- Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013; zu den Grundsätzen sollen gehören: die Ernährungssicherheit in der EU, ein Beitrag zur weltweiten Nahrungsmittelversorgung, ein Gleichgewicht zwischen den ländlichen Räumen zum Erhalt des territorialen Zusammenhalts sowie eine Landwirtschaft, die Wirtschaftsleistung und ökologische Effizienz verbindet.
- Leitliniendokument der Kommission zum Kormoranmanagement; von der Europäischen Kommission (auf einer Veranstaltung des Informationsbüros des Landes bei der EU in Brüssel am 4. November 2008) angekündigt, aber noch nicht Gegenstand des Legislativ- und Arbeitsprogramms 2009.
- Umsetzung der Vogelschutz-Richtlinie; sie regelt den EU-weiten Schutz der wildlebenden Vogelarten und ihrer Lebensräume durch eine Einschränkung und Kontrolle der Jagd sowie die Einrichtung von Vogelschutzgebieten. Die Richtlinie ist in Deutschland noch nicht vollständig umgesetzt.
- Bodenschutzrahmenrichtlinie (politische Einigung im ersten Halbjahr 2009); Ziel der Richtlinie ist die Bekämpfung schlechter Bodenqualität wie Erosion, Verdichtung, Versalzung und Bodenverunreinigung auf der Grundlage EU-weiter Standards.
- Interventionen auf dem Markt für Magermilchpulver (Anpassung der Durchführungsbestimmungen).

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens; (voraussichtlicher) Vorlagezeitpunkt	Beschreibung von Gegenstand und Zielen, Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern
Dialog zwischen Hochschulen und Wirtschaft	Mitteilung der Kommission April 2009	In der Mitteilung werden Leitlinien und Strukturen vorgeschlagen für eine bessere und engere Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft, zum Abbau der Barrieren zwischen Universitäten und Unternehmen, zur Verbesserung der Governance, für einschlägigere Lehrpläne, für mehr Unternehmertum an Universitäten und bei Studenten, zur Erhöhung der Mobilität sowie zur Entwicklung und Stärkung der Rolle der Universitäten für das lebenslange Lernen. Aus Sicht des Landes Mecklenburg-Vorpommern dürfen die Vorschläge nicht zu einem Eingriff in die Autonomie der Hochschulen führen.
Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität von jungen Menschen	Grünbuch Juni 2009	Das Grünbuch ist der Ausgangspunkt einer Initiative zur Entwicklung von Mobilität über das Erasmus-Programm hinaus. Interessengruppen werden aufgefordert, sich an einer Diskussion über neue Mittel und Wege zur Förderung und Unterstützung der grenzüberschreitenden Mobilität von jungen Menschen zu beteiligen. Die Initiative richtet sich zwar an den Hochschulbereich, geht aber darüber hinaus, da junge Menschen im allgemeinen angesprochen werden, beispielsweise in der beruflichen Bildung, in der Erwachsenenbildung, bei Freiwilligendiensten, junge Unternehmer und der kulturelle Sektor. Das Grünbuch ist insbesondere mit Blick auf die Zusammenarbeit des Landes mit seinen polnischen Partnerregionen von Interesse für Mecklenburg-Vorpommern.

Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens; (voraussichtlicher) Vorlagezeitpunkt	Beschreibung von Gegenstand und Zielen, Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern
Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Forschung und Entwicklung (FuE) und Innovation	Mitteilung der Kommission April 2009	Die Kommission will eine IKT-Forschungs- und Innovationsstrategie vorschlagen, die es Europa ermöglicht, führend in der IKT-Entwicklung zu werden, das Wachstum neuer Unternehmen zu fördern und IKT-Innovationen besser zur Bewältigung der größten sozioökonomischen Herausforderungen zu nutzen.
Alzheimer-Krankheit	Mitteilung der Kommission Juli 2009	Die Mitteilung soll Leitlinien für europäische Maßnahmen zur Bekämpfung der Alzheimer-Krankheit auf Ebene der EU, der Mitgliedstaaten und der Beteiligten enthalten. Die medizinischen Fakultäten des Landes werden in naher Zukunft Teil eines Netzwerkes des neuen Zentrums zur Erforschung Neurodegenerativer Erkrankungen sein, welches zz. von der Bundesregierung mit den beteiligten Ländern aufgebaut wird. Vor diesem Hintergrund kommt der Mitteilung für das Land besondere Bedeutung zu.

Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung

Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens; (voraussichtlicher) Vorlagezeitpunkt	Beschreibung von Gegenstand und Zielen, Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern
Zukunft des Verkehrs	Mitteilung der Kommission April 2009	Diese Initiative steht in Zusammenhang mit dem Weißbuch „Verkehr“ von 2001 und dessen 2006 erfolgter Halbzeitüberprüfung. Zweck der Mitteilung ist es, eine breite Debatte über Verkehrsszenarios in den nächsten 20 - 40 Jahren anzuregen, entsprechende Instrumente zu entwickeln und eine technische Unterstützung für eine nachhaltige Verkehrsgesamtstrategie bereitzustellen. Ziel wird es sein, Probleme und Chancen mit Handlungsbedarf bis 2050 zu identifizieren. Die vorgeschlagene Debatte ist für Mecklenburg-Vorpommern von Bedeutung, da das Land entsprechend seiner Lage im Herzen Europas eine aktive Rolle bei der Entwicklung einer nachhaltigen Verkehrsgesamtstrategie spielen kann. Durch Entscheidungen zu Verkehr und Infrastruktur werden auch Weichen für die Zukunftsentwicklung des Landes gestellt.
Zukunft der Politik im Bereich der Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-Verkehr)	Grünbuch Anfang 2009 (Verschoben aus Arbeitsprogramm 2008)	Das Grünbuch dient als Basis für die Revision der TEN-V-Leitlinien, die für 2010 vorgesehen ist. Berücksichtigt werden hierbei die Auswirkungen der EU-Finanzierung für TEN-V-Projekte mit Blick auf die Vervollständigung der TEN und die entstandenen Kosten. Gegenstand des Grünbuchs sollen ferner Vorschläge sein, die die TEN-V-Politik an den Erfordernissen der Zeit 2010 - 2020 ausrichten. Mecklenburg-Vorpommern setzt sich dafür ein, dass die Strecken Berlin-Rostock-Dänemark und Berlin-Pasewalk-Stralsund-Sassnitz-Scandinavien als prioritäre Bestandteile des transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsbahnsystems durch die Bundesregierung bei der Europäischen Kommission angemeldet werden.

Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens; (voraussichtlicher) Vorlagezeitpunkt	Beschreibung von Gegenstand und Zielen, Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern
Leitlinien zu Beihilfen für Häfen	Leitlinien der Kommission Anfang 2009 (Verschoben aus Arbeitsprogramm 2008)	<p>Die Leitlinien sollen einen Rechtsrahmen für die öffentliche Finanzierung für Häfen bieten. Der Auftrag ergibt sich aus der Mitteilung der Kommission über eine europäische Hafenspolitik [KOM (2007) 0616]. In seinem Entschließungsantrag vom 04.09.2008 [2008/2007(INI)] hat das Europäische Parlament die Europäische Kommission aufgefordert, die Leitlinien noch in 2008 zu erlassen.</p> <p>Der Ansatz, Leitlinien und dergleichen einzuführen, wird von Mecklenburg-Vorpommern begrüßt. Von den vorgesehenen Beihilfeleitlinien für Seehäfen erwarten Bund, Küstenländer und deutsche Hafenswirtschaft, dass mehr oder weniger analog zu den Verantwortlichkeiten von öffentlicher Hand und Hafensunternehmen in Deutschland die Finanzierung von Hafensinfrastruktur und -suprastruktur EU-weit klargestellt wird.</p>
Marco Polo II	Verordnung Anfang 2009 (Verschoben aus Arbeitsprogramm 2008)	<p>Das Ziel ist die Anpassung der Verordnung an die veränderten Bedingungen am Verkehrsmarkt und eine Verbesserung der Entscheidungsprozesse über zu fördernde Projekte. Hierdurch sollten die Attraktivität und Anwenderfreundlichkeit des Programms gesteigert werden. Vorgesehen sind dazu eine Überprüfung der Förderbedingungen und Schwellenwerte für bestimmte Vorhaben sowie die Anpassung von Förderintensität und -umfang für die Tonne/Kilometer, die von der Straße verlagert oder vermieden werden können. Überprüft werden soll auch, ob Vorhaben gefördert werden können, die zwar eine internationale Bedeutung haben, jedoch nur einem Empfänger zu gute kommen bzw. nur ein Mitgliedstaat betreffen.</p> <p>Die Revision der Marco Polo II-Regeln ist für eine nachhaltige Frachtverlagerung von der Straße auf den Wasserweg und/oder die Schiene von besonderer Bedeutung und hat deshalb auch für Mecklenburg-Vorpommern hohen Stellenwert.</p>

Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens; (voraussichtlicher) Vorlagezeitpunkt	Beschreibung von Gegenstand und Zielen, Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern
Paket „Seeverkehr“ (Teil des Aktionsplans zur integrierten Meerespolitik)	Mitteilung (begleitet durch Legislativvorschläge) Anfang 2009 (Verschoben aus Arbeitsprogramm 2008)	Mit der Mitteilung „Künftige Seeverkehrspolitik der EU“ soll den Entwicklungen seit der Seeverkehrsstrategie von 1996 Rechnung getragen werden. Berücksichtigt werden u. a. die Auswirkungen des Globalisierungsprozesses und des Klimawandels, Sicherheitsfragen und sich abzeichnende Logistiktrends. Der begleitende Legislativvorschlag „Meeresraum ohne Grenzen“ zielt auf die Schaffung eines echten Binnenmarktes für den Kurzstreckenseeverkehr. Vor allem durch die Anpassung der rechtlichen und verwaltungsmäßigen Rahmenbedingungen soll das Binnenmarktkonzept auch in den Seeverkehrsbeziehungen innerhalb der EU umgesetzt werden.
Schienennetz für den Güterverkehr	Verordnung Vorschlag vom 11.12.2008: KOM (2008) 852	Der Verordnungsentwurf sieht die Einrichtung von Güterverkehrskorridoren (Kapitel II) vor, die bestimmte Kriterien für Infrastruktur (Kap. III) und Betrieb (Kap. IV) erfüllen sollen. Ziel ist die Beschleunigung und Erleichterung des internationalen Schienengüterverkehrs durch vorwiegend administrative Maßnahmen. Ein Jahr nach Inkrafttreten muss ein Korridor pro Mitgliedstaat, zwei Jahre später drei Korridore in wichtigeren Staaten wie Deutschland von den Mitgliedstaaten benannt und durch die Kommission bestätigt werden. Die Verordnung bietet die Chance, die Qualität des internationalen Schienengüterverkehrs durch Mecklenburg-Vorpommern zu verbessern, falls einer der auszuweisenden Korridore durch Mecklenburg-Vorpommern verläuft (z. B. Rostock / Sassnitz - Berlin - Prag / München usw.). Auf der anderen Seite bedeutet das vorgeschlagene Regime für den Betrieb, dass u. U. bei Störungen der Personen- auf den Güterverkehr warten muss.

Weitere und laufende Vorhaben

- Paket „grüner“ Verkehrssektor, bestehend aus:
 - Mitteilung „Ökologisierung des Verkehrs“ [KOM (2008) 433], vorgelegt am 08.07.2008,
 - Arbeitspapier „Grüner Antrieb“ [SEC(2008)2206], vorgelegt am 08.07.2008 und
 - Mitteilung „Internalisierung von externen Verkehrskosten“ (KOM 2008) 435, vorgelegt am 08.07.2008.
 - Aktionsplan „Intelligente Verkehrssysteme bis 2010“ [KOM (2008) 886 und 887].

Mit dem Paket strebt die Europäische Kommission eine stärkere Ökologisierung des Verkehrs an, z. B. durch eine Strategie für alle Verkehrsträger zur Internalisierung von externen Kosten, die Erhebung von ökologisch sinnvollen Mautgebühren für schwere Nutzfahrzeuge bis 2011 und die Reduzierung des Geräuschpegels des Güterschienenverkehrs.

Ministerium für Soziales und Gesundheit

Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens; (voraussichtlicher) Vorlagezeitpunkt	Beschreibung von Gegenstand und Zielen, Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern
Aktion gegen den Krebs: Europäische Plattform	Mitteilung der Kommission 2009	<p>Die Mitteilung schlägt die Errichtung einer Europäischen Multi-Stakeholder-Plattform unter Einbeziehung von Akteuren auf allen Ebenen (EU, national, regional, lokal) für die Aktion gegen den Krebs vor. Die Plattform kann gleichzeitig als Modell für nicht übertragbare Krankheiten im Allgemeinen dienen. Die Themen umfassen u. a. Austausch, Prioritäten für die Krebsforschung, Prävention (z. B. durch die Bekämpfung des Tabakkonsums und die Stärkung der Krebsvorsorge) und Aktualisierung des „Europäischen Kodex gegen den Krebs“.</p> <p>Für Mecklenburg-Vorpommern hat die Mitteilung im Hinblick auf die Präventionsziele des Landes Bedeutung.</p>
Mitteilung über die Bekämpfung von HIV/AIDS in der EU und den angrenzenden Ländern - Strategie und zweiter Aktionsplan (2010 - 2014)	Mitteilung der Kommission 2009	<p>HIV/AIDS ist in vielen Mitgliedstaaten und benachbarten Ländern ein großes Problem. Trotz erheblicher Fortschritte bei der Diagnose, Behandlung und Versorgung steigt die Zahl der neuen HIV-Infektionen in Europa weiter an. Die Mitteilung schlägt deshalb die Entwicklung einer Strategie und eines zweiten Aktionsplans (2010 - 2014) zur Bekämpfung von HIV/AIDS vor; welche auch eine Kooperation mit Drittstaaten beinhalten.</p> <p>Für Mecklenburg-Vorpommern ist die Mitteilung von Bedeutung, da die Förderung von AIDS-Aufklärung und -Prävention ein wichtiges Anliegen der Gesundheitspolitik des Landes darstellt, auch im grenzüberschreitenden Kontext (gemeinsame Projekte mit Westpommern).</p>

Weitere und laufende Vorhaben:

- Richtlinie Patienteninformation für Arzneimittel; sie soll eine optimale Information der Patienten über das Arzneimittel- und Therapieangebot sicherstellen.
- Richtlinie Qualität und Sicherheit von Organspenden; die Richtlinie erläutert, wie die Verfügbarkeit von Organen zu steigern wäre, etwa durch Einsetzung von Transplantationskoordinatoren in Krankenhäusern und das verstärkte Bemühen um Lebendspender.
- Richtlinie über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung [KOM (2008) 414 vom 02.07.2008].
- Mitteilung der Kommission zu einer europäischen Aktion im Bereich seltener Krankheiten [KOM (2008) 679 vom 11.11.2008].
- Grünbuch über Arbeitskräfte des Gesundheitswesens [KOM (2008) 725 vom 10.12.2008]; das Grünbuch beschreibt die Herausforderungen, vor denen die Arbeitskräfte des Gesundheitswesens in der EU gleichermaßen stehen (u. a. demografische Entwicklung, Heterogenität der Arbeitskräfte, geringe Popularität der Berufe im Gesundheitswesen bei jungen Arbeitskräften).
- Mitteilung und Empfehlung zur Patientensicherheit und zur Qualität der Gesundheitsdienstleistungen [KOM (2008) 837 vom 15.12.2008]; die Mitteilung empfiehlt ein umfassendes Konzept zur Erhöhung der Patientensicherheit. Die Mitgliedstaaten werden ersucht, Strategien zur Prävention und Eindämmung von Zwischenfällen in allen Einrichtungen der Gesundheitsversorgung einzuführen und bestehende zu verbessern.